

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1900

22.5.1900 (No. 115)

Badischer Beobachter.

Erhebt täglich mit Ausnahme Son- und Feiertags und kostet in Karlsruhe in's Haus gebracht vierteljährlich 3 M. 60 Pfg. (monatlich 55 Pfg., wenn in der Expedition oder in den Agenturen abgeholt), durch die Post bezogen vierteljährlich 3 M. 25 Pfg., mit Bestellgeld 3 M. 65 Pfg. Bestellungen werden jederzeit entgegen genommen.

Angaben: Die sechsseitige Beilage oder deren Raum 12 Pfg., Reklamen 25 Pfg. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Inserate nehmen außer der Expedition alle Annoncen-Bureaus an. Redaktion und Expedition: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe.

Samstags-Beilage: Das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Sterne und Blumen“.

Nr. 115.

Dienstag, den 22. Mai

1900.

Zur Tagesgeschichte.

Karlsruhe, 21. Mai.

Die Flottenvorlage in der Budgetkommission.
Die Beratung der Novelle zum Reichs-Stempelgesetz ist am Samstag wieder in der Kommission in der Beratung der Flottenvorlage in der Budgetkommission. Der dritte Artikel angenommen, der von der Stempelabgabe für die Genüßsachen handelt. Der vierte Artikel beschäftigt sich mit der Ermäßigung bei gewissen Abtragsgeschäften; er wurde heute vorläufig zurückgestellt. Artikel 5 enthält den abgeänderten und ergänzten Tarif. Zunächst wurde nach der Empfehlung durch den Geheimrat v. Glaserapp von der Reichsregierung ein Antrag des nationalliberalen Abgeordneten Bising angenommen, Renten und Schuldverschreibungen ausländischer Staaten, sowie ausländische Eisenbahnobligationen nur mit $\frac{1}{10}$ vom Laufend zu bestimmen, während in der ersten Lesung $\frac{1}{10}$ beschlossen worden waren.

Der Aufsichtspersonal für Kuxe mit 1 vom Laufend wurde beibehalten, nachdem die Abgg. Müller-Fulda (Centrum), Graf Diola (natl.) und Graf Arnim (Freisinn) zur erneuten Annahme empfohlen hatten. Die Rede, die der nationalliberale Abgeordnete Bising gegen die Beibehaltung von $\frac{1}{10}$ vom Laufend als Aufsichtspersonal für sonstige Wertpapiere hielt, erwies sich als fruchtlos, so daß nach dem gefassten Beschlusse auch hier der erhöhte Stempel beibehalten wurde.

Alsdann handelte es sich um den Kaufstempel für börsenmäßig gehandelte Waaren. Dieser war in der ersten Lesung in der Höhe von $\frac{1}{10}$ vom Laufend beschlossen worden. Auf den Vorschlag des Abg. Müller-Fulda wurde eine Herabsetzung auf $\frac{1}{10}$ beschlossen. Es wurde folgender Zusatz beschlossen: „Als börsenmäßig gehandelt gelten diejenigen Waaren, für welche an bestimmten Börsen, deren Gebirge für das Geschäft maßgebend sind, Terminpreise notiert werden, und bei Waaren, in denen der Börseterminhandel unterliegt (§ 50, Abs. 1 und 2 des Wertscheingesetz), diejenigen, für welche an der in Betracht kommenden Börse Preise für Feilgebote notiert werden.“

Nach der Mitteilung des Geheimrats v. Glaserapp, daß die von der Kommission angenommene Abgrenzung hauptsächlich eine Ermäßigung von mehreren Millionen ergeben werde, wurde dann auch der vorher zurückgestellte Artikel 4 über die Ermäßigung bei gewissen Abtragsgeschäften angenommen. Sodann wurde die Beratung der Steuer für Schiffsfahrtsurkunden angefangen, aber bald nachher wieder abgebrochen, da die Plenarsitzung ihren Anfang nahm.

Zum Fleischbeschaugesetz schreibt die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg.“, sie habe „allen Grund anzunehmen, daß die verbündeten Regierungen dem (aus den Kreisen des Bundes der Landwirtschaft hervorgegangenen) Antrage ihre Zustimmung nicht geben werden, ebenso wie sie jeden Antrag ablehnen werden, der für einen bestimmten Zeitpunkt weiter gehende Fleischüberprüfungen gegenüber dem Zustande festsetzt oder den vollständigen Ausschluß des Wertscheingesetz enthält.“ Dieser, vom Bunde der Landwirtschaft und von dem größten Teile der konservativen Reichstagsfraktion ausgingende Antrag steht im Allgemeinen auf dem Boden der Reichstagsbeschlüsse vergangener Lesung. Die Kompromissanträge dagegen, die „als Antrag Reichsrat und Gen.“ beim Reichstage eingebracht worden sind und der von den konservativen

Abgeordneten Graf Kinkowitsch angebahnten Verständigung mit der Reichsregierung entsprechen, haben — falls sie im Reichstage eine Mehrheit finden — nach der Versicherung des obersten Reichsrats „sichere Aussicht auf Annahme im Bundesrat.“ Dieser Antrag soll nach derselben Quelle „die äußerste Grenze der Zugeständnisse“ bilden, zu welchen die Regierung im Interesse eines Zustandekommens des Gesetzes sich glauben versehen zu können.“ Der Antrag Reichsrat und Gen. ist von 89 Mitgliedern des Reichstages unterschrieben. Davon gehören an 44 dem Centrum, 20 der Konservativen, 17 der freisinnigen Partei; vier sind Polen, drei Ukrainer, einer ist fraktionslos. Die agrarisch-konservative „Deutsche Tagesztg.“ bezieht diesen Antrag nach wie vor als „unannehmbar.“ Nach dem Stande der Dinge kann man aber mit einiger Wahrscheinlichkeit annehmen, daß das Kompromiß zur Annahme gelangt.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 19. Mai.

Das Haus ist stark besucht. Fortsetzung der Beratung der lex Heinz; eine Reihe neuer Anträge ist eingebracht; dieselben finden die nötige Unterstützung. Abg. v. Jazdzewski (Polen) zur Geschäftsordnung: Seine Fraktion habe bis jetzt mit der Mehrheit gestimmt; so lange die Minderheit sich in den Grenzen der Geschäftsordnung halten wollte, werde seine Partei derselben nicht hindernd in den Weg treten. Seine Partei wolle auch den Anträgen und zu vertretenden, ihre gegenseitige Bekämpfung vermeiden, daß sie die Mehrheit beibehalten. Sie stimmte daher gegen den Antrag auf Schluß der Debatte. Nächste beginnt die namentliche Abstimmung über den Antrag auf Schluß der Debatte. Die Konservativen, die Reichsrat, das Centrum und die Mehrheit der Reformpartei stimmen dafür, die Nationalliberalen, Freisinnigen, Sozialdemokraten und Polen dagegen. Präsident Graf Kinkowitsch entfällt sich. Der Antrag wird mit 185 gegen 118 Stimmen angenommen.

Präsident Graf Kinkowitsch will nunmehr sämtliche 25 an § 362 gestellten Anträge zur Abstimmung bringen, die auf Antrag Singer eine namentliche Abstimmung sein soll. Abg. Singer (Soc.) führt aus: „Ich bin nicht beabsichtigt, die Diskussion über die neu eingebrachten Anträge zu verhindern. Die große Mehrheit des Hauses ist also der Ansicht, daß die Diskussion nicht für diejenigen Anträge geschlossen werde, deren Beratung noch nicht eröffnet war.“

Präsident Graf Kinkowitsch entgegnet, daß er gestern am Ende der Geschäftsordnungsdebatte gesagt habe, der Schluß der Debatte beziehe sich auf sämtliche zu § 362 eingebrachten Anträge. Der Präsident wird die später eingebrachten Anträge nicht zur Abstimmung bringen. Abg. Wasserfmann (natl.) spricht namens seiner politischen Freunde den Wunsch aus, daß die Diskussion für die Anträge zugelassen und eventuell eine Entscheidung des Hauses darüber herbeigeführt werde. Allerdings wäre es richtiger gewesen, nachdem während der Rede des Abg. Prohne eine Reihe weiterer Anträge eingebracht worden wäre, den Antrag auf Schluß der Debatte zurückzugeben, damit die Materie nicht in zwei Teile geteilt werde. Das ist nicht geschehen. Es wird durch den angenommenen Disziplinsatz nun der Schluß für diejenigen Anträge herbeigeführt, über die die Diskussion stattgefunden hat. Wir können nunmehr über Anträge abstimmen, deren Begründung wir überhaupt nicht gehört haben.

Abg. Dr. Spahn (Centr.) schlägt sich den Vorrednern an. Abg. Heine (Soc.): Jedenfalls werde jetzt nur über Anträge abgestimmt, deren Diskussion bereits stattgefunden habe. Abg. Singer (Soc.) beantragt, die Diskussion über die übrigen Anträge zu eröffnen. Präsident Graf Kinkowitsch: Er stimme völlig mit dem Vorredner überein; er habe nur gemeint, daß jetzt in der

Abstimmung ein Antrag über die Eröffnung der Diskussion unzulässig sei. Abg. Sattler (natl.): Der Präsident möge sich klar und schärflich darüber aussprechen, ob eine Diskussion stattfinden solle oder nicht. Der Präsident erwidert, die Diskussion solle jetzt gleich nicht stattfinden.

Abg. Dr. von Levetzow (Soc.): Da der Antrag Singer vor der Eröffnung des Disziplinsatzes zur Diskussion nicht gestellt, so wie man nach der Geschäftsordnung zunächst die Abstimmung über den Paragrafen vornehmen, nachher seine wiederum die Diskussion eröffnet werden. Abg. Singer (Soc.) beantragt, die Abstimmung über § 362 anzusetzen. Präsident Graf Kinkowitsch schlägt vor, zunächst über den Antrag Reichsrat, über die Anträge Heine zu § 362 und den Antrag Reichsrat, schließlich über die einzelnen Anträge und dann über den ganzen Paragrafen abzustimmen. (Große Lärm; Rufe.) Präsident Graf Kinkowitsch (fortfahrend): Also das Haus ist mit der Annahme der Abstimmung einverstanden. (Wiedererwählter Lärm; Rufe: nein, nein.)

Abg. Hankmann (Süd. Volksp.) verlangt Auskunft, ob die Diskussion zugelassen sei oder nicht. Der Präsident möge seine persönliche Meinung darüber äußern, sonst läppe man im Dunkel. Präsident Graf Kinkowitsch: Persönliche Meinungen habe er überhaupt nicht auszusprechen. Am liebsten sollte Sie sich so weit fassen, daß ich Ihnen keine Fallstricke lege. Abg. Singer (Soc.) zieht seinen Antrag zurück.

Es folgt die namentliche Abstimmung über den Antrag Reichsrat. Der Antrag wird mit 225 gegen 75 Stimmen abgelehnt, bei einer Stimmenthaltung; der erste Absatz des § 362 wird mit 255 gegen 56 Stimmen bei einer Stimmenthaltung anstandslos erhalten. Es folgt sodann namentliche Abstimmung über § 362. Dieser wird mit 229 gegen 71 Stimmen unverändert angenommen. Sodann wird über den Gesetzentwurf Reichsrat und Genossen zu § 362 namentlich abgestimmt und der Antrag mit 224 gegen 71 Stimmen abgelehnt; ein weiterer Antrag Reichsrat wird ebenfalls in namentlicher Abstimmung mit 226 gegen 78 Stimmen abgelehnt.

Es folgt die sechste namentliche Abstimmung. § 362 Absatz 4 wird in der Fassung der Beschlüsse der zweiten Lesung mit 238 gegen 57 Stimmen angenommen. Es wird die siebente namentliche Abstimmung über den Antrag Heine, nach dem die sittenpolizeiliche Kontrolle nur noch vorzuzugewandene gerichtlichen Urteilen zulässig sein soll, vorgenommen. Er wird mit 216 gegen 76 Stimmen angenommen.

In achter namentlicher Abstimmung wird der Antrag Heine, im Arbeitshaus untergeordnete Personen von jugendlichen Personen, die in einer Besserungsanstalt interniert sind, getrennt zu halten, mit 214 gegen 72 Stimmen abgelehnt. Ein weiterer Antrag Heine, Gläubiger im Arbeitshaus unterzubringen, wird mit 206 gegen 60 Stimmen abgelehnt und in der zehnten namentlichen Abstimmung § 362 mit 209 gegen 64 Stimmen angenommen.

Präsident Graf Kinkowitsch schlägt für Montag den Rest der heutigen Tagesordnung vor. Abg. Singer (Soc.) bittet, die eingebrachte Interpellation über den Kontraktbruch der ländlichen Arbeiter auf die nächste Tagesordnung zu legen. Präsident: Der Reichstagspräsident habe erklärt, er würde die Interpellation am Montag nicht beantworten können, da er erst mit den Regierungen Rücksprache nehmen müsse. Abg. Singer (Soc.) wiederholt seine Bitte; er würde abwarten, was der Reichstagspräsident sage.

Abg. Spahn (Centr.) beantragt, die Interpellation an zweiter Stelle auf die Tagesordnung zu legen. Präsident: Er löse die Geschäftsordnung nicht nach den Wünschen, sondern nach dem Gesetze auf. Als zweiter Punkt würde die Interpellation ebenso wenig zur Besprechung kommen, als wenn sie nicht auf der Tagesordnung stände. Abg. Spahn zieht seinen Antrag zurück.

Montag 1 Uhr: Interpellation Singer; dann Fortsetzung der heutigen Beratung. Schluß 7 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 18. Mai.

Das Gesetz über die Besteuerung der Waarenhäuser ist am Samstag vom preussischen Abgeordnetenhaus in zweiter Lesung durchberaten und noch mehr verästert worden, als es nach der zweiten Lesung in der Kommission schon geworden war. Von allen Verbesserungen, die die Kommission beschlossen und auch noch in zweiter Lesung stehen gelassen hatte, ist nur noch übrig geblieben die Herabsetzung der Besteuerungsgrenze von 500.000 auf 300.000 M. Jahresumsatz; auch die von der Kommission vorgeschlagene fünfte Waarengruppe in § 6 ist wieder gestrichen und der Paragraf nach der ursprünglichen Regierungsvorlage mit deren vier Gruppen wieder hergestellt worden. Alle Verbesserungsanträge sind abgelehnt worden. Am nächsten Mittwoch wird voraussichtlich die dritte Lesung stattfinden.

Der „Reichsanzeiger“ gebietet des am 20. Mai 1900 einretenden 25jährigen Jubiläums der internationalen Organisation des Maßes und Gewichts wesen und hebt die allseitig anerkannte Wirksamkeit der Organisation hervor. Heute Abend verkehrte in den Straßen der Stadt kein Straßenbahnwagen mehr. In der Stadt ist Alles ruhig.

Ausland.

Brüssel, 19. Mai. Die streikenden Center Textilarbeiter eruchten um die Vermittlung des Arbeitsministers. London, 19. Mai. In ganz London herrscht immer noch der tollste Karneval. Überall wird geläutert, gelungen, überall sieht man Fahnen, Flaggen, Wölker, Festlichter, selbst jede Drochke ist besetzt. Die Volksmenge ist ansehnlich, aber im Allgemeinen gutartig.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 19. Mai.

14. Sitzung der Ersten Kammer. Präsident Prinz Karl eröffnete kurz nach 9 Uhr die Sitzung. Am Regierungstisch: Staatsminister Kott, Minister v. Bräuer und Regierungskommissare. Der Präsident machte kurze geschäftliche Mitteilungen, worauf in die Tagesordnung eingetreten wurde. Geheimrat Dr. Schenkel leitete Namens der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts für die Jahre 1900 und 1901, Titel 8 der Ausgabe Kultus. Des andere Hans hat diesen Titel bearbeitet und sämtliche Positionen genehmigt. Der Redner erklärte kurz die einzelnen Positionen und bemerkte, daß die Kommission keinen Anlaß habe, die Beschlüsse des anderen Hauses zu beanstanden. In der Zweiten Kammer gab die Position, Veltag an den Prälaten, zu Erwägungen Anlaß. Ihre Kommission hat sich mit dieser Angelegenheit auch beschäftigt und hält es für gerechtfertigt, daß aus der Staatskasse dem höchsten Würdenträger der evangelischen Landeskirche, der im Hinblick auf sein wichtiges Amt nicht übermäßig bezahlt ist, dieser Zuschuß gegeben wird. Mit Rücksicht auf die allgemeine und staatliche Bedeutung des Amtes erscheint diese Position durchaus begründet. In seinen weiteren Darlegungen warf der Redner einen historischen Rückblick auf die Entwicklung der christlichen

Die Weihe und Einsetzung des Hochw. Herrn Bischofs Dr. Heinrich Brück.

Mainz, 20. Mai.

Unter ungeheurer Menschenmenge aus der ganzen Diözese und bei schönstem Sonnenschein fand heute die feierliche Konsekration und Inthronisation unseres neuen Oberhirten statt. Die Stadt prangte in reichstem Festgeschmucke. Am feierlichen Tage wurde die Feiertagsfeier mit allen Glorien der Kirchen eingeleitet, das Glockengeläute ward heute früh wiederholt und um 7 Uhr fand in sämtlichen Pfarrkirchen der Stadt ein feierliches Hochamt statt, um die göttliche Gnade zu einer segneten Amtseinführung des neuen Oberhirten zu erlangen. Um 9 Uhr Vormittags setzte sich der Festzug unter dem Geläute der Dom-Glocken vom Bischoflichen Palais nach dem hohen Dome durch die in eine Via triumphalis verwandelten Straßen in Bewegung. Es kamen zuerst unter Vortragung des Kreuzes die Aumen des Priesterseminars, dann der Bischofskanzler, die Dekane und Definitoren, die Professoren des Bischoflichen Seminars, die Vertreter der auswärtigen Domkapitel, das Domkapitel von Mainz, der Hochw. Herr Bischof von Mainz mit seinen Ceremonialen, die Hochw. Herren Bischöfe von Fulda, Limburg und Mollnburg mit ihren Sekretären, hierauf der Konsekrateur und Inthronisator, der Hochwürdigste Herr Erzbischof von Freiburg mit Äbten. Die Domhandwerksmeister bildeten auf beiden Seiten das Ehrengeleite der Hochw. Bischöfe. Direkt hinter denselben gingen die katholischen Studentenverbindungen Soja-Mhenania (Gießen) und Nassovia (Darmstadt) mit ihren Fahnen und Chorgliedern in Wiesbaden, desgleichen der katholische Studentenverein Nassovia (Gießen). Es traten alsdann in den Zug ein die Spalier bildenden Vereine von hier und auswärts. Die Begeisterung war eine sehr starke. Circa 80 Vereinsfahnen wurden in dem imposanten Festzuge mitgetragen.

Nach Eintritt in den hohen Dom reichte der Herr Domdekan Dr. Reich dem Hochw. Herrn Erzbischof Dr. Förber das Weihwasser und der Zug bewegte sich nun durch den mittleren Gang in das hohe Chor, wo die Herren Bischöfe vor dem Hochaltar ein stilles Gebet flehend verrichteten. Während dieses Gebetes erschien

der Landeserzbischof Kommissar Frhr. v. Gagern, welcher am Eingange des Domes von einer Deputation des Domkapitels empfangen und zu dem für ihn bestimmten Ehrenplatz geführt wurde. Nach beendigtem Gebete der Hochw. Bischöfe nahm die heilige Handlung ihren Anfang. Am Schluß derselben wurde der neigeweihte Hochw. Herr Bischof auf den bischoflichen Stuhl geführt, von welchem er alsdann Besitz nahm, worauf Hochw. Herr Erzbischof das Te Deum laudamus aufstimmte. Während des Gesanges schritt unser Oberhirte segnend durch das Gotteshaus und auf dem bischoflichen Throne wieder angekommen, empfing er von dem Domkapitel und der Diözesan-Gemeinschaft die Huldigung durch den Handkuss. Nachdem der Hochw. Herr feierlich den bischoflichen Segen erteilt hatte und die Schlüsselgebete vollendet waren, wurde das Gebet für den Landesherren angestimmt, und von unserm Hochw. Herrn Bischof die Oratio gesprochen. Die Herren Bischöfe verrichteten hierauf ein kurzes Gebet und lezten unter Begleitung der gesungenen Geistlichkeit in feierlichem Zuge in das bischofliche Palais zurück, während die theilnehmenden Vereine und Deputationen vom Dom bis dorthin Spalier bildeten. Unter dem Dom-Portale reichte der Domdekan dem Hochwürdigsten Herrn Erzbischof das Absperatorium.

Sämtliche Fahnen der Vereine und Korporationen wurden nach Aufstufung des Spaliers unter Vortritt der Musikkapelle des katholischen Lehrerseminars nach der Stadthalle verbracht, wo sie während des Festmahls aufgestellt waren. Im Bischoflichen Palais brachten unsern neuen Oberhirten die Gratulationen dar zunächst der Vertreter der Regierung, dann die Vertreter der Stadt, an der Spitze der Oberbürgermeister, des Militärs, des Gerichts etc. Es folgten dann Festreden und die Delegation der Vereine, in deren Namen Reichs- und Landtagsabgeordneter Dr. Schmidt sprach. Hierauf gratulierten die Stadtverordneten der drei katholischen Studentenkorporationen von Gießen und Darmstadt in je besonderer Rubrik, desgleichen die Vertreter der Bürgerchaft von Wingen, der Vaterstadt des Hochw. Bischofs.

Das Festmahl, welches Nachm. 2 $\frac{1}{2}$ Uhr in der prachtvoll geschmückten Stadthalle begann, hatte 600 Gedecke. Die Tafelmitte bildete die Kapelle des Hessischen Infanterie-Regiments Nr. 117. Speisen und Getränke waren je geschmackvoll vorzüglich. Für heute bemerkten wir nur kurz, daß der erste Toast ausbrachte der Hochw. Herr Bischof Dr. Brück auf Papst, Kaiser und Reichsberg von Gießen. Der Landeserzbischof Kommissar v. Gagern und Provinzialdirektor von Rheinprovinz, Freiherr v. Gagern, toastete auf unsern neuen Oberhirten und Oberbürgermeister Dr. Gagern auf die Hochw. Herren Bischöfe der Oberhessischen Kirchenprovinz, welche alle anwesend waren. Diesen Toast erwiderte der Metropolit, der Hochw. Herr Erzbischof Dr. Förber von Freiburg, in seinem Namen und dem der Hochw. Suffraganbischöfe von Fulda, Limburg und Mollnburg. Se. Excellenz leitete unter stürmischem Beifalle, zum Teil in sehr humoristischer Weise, das goldene Mainz. Die Festversammlung ist Abends 8 Uhr im großen Saale des katholischen Seminars, welcher auch der Hochw. Herr Erzbischof, die Hochw. Herren Bischöfe von Limburg und Mollnburg bewohnt waren. Die Festrede hält Landtagsabgeordneter Reichsanwalt Dr. Freytag; den gesungenen Teil haben die Gesangsvereine des katholischen Männervereins, des katholischen Lehrervereins und der Verein „Gacina“ übernommen.

Theater, Konzert, Kunst und Wissenschaft.

Karlsruhe, 21. Mai.

v. St. Groß. Hoftheater. Der Sonntag brachte uns Lorking's „Regina“, ein Werk, das, wie wir bereits wiederholt erwähnt, zu Lebzeiten Lorking's nie zur Aufführung kam und erst vor Jahren seine Aufführung feierte. Das Buch der Oper, ursprünglich von Komponisten selbst verfaßt, wurde von Lorking umgearbeitet und die Handlung von der Zeit der Revolution in die der „Freiheitskriege von 1813“ verlegt. Der Waldhüter Wolfram liebt die Tochter des Verwalters Jades, die aber auch von dem Gutsherrn Reinhard geliebt wird und dessen Liebe erwidert. Wolfram bittet den Vater, dem er einst das Leben gerettet, um die Hand Reginsens und muß erfahren, daß sie schon mit Reinhard verlobt

wurde. Nachhergehend verbindet er sich mit französischen Marodeuren, die sich in Schlefien, nach der Schlacht an der Nagbach mit anderem Gesindel herumtreiben, er überfällt mit diesen das Schloß des Gutsherrn, um Reginsens Vater zu verhaften, verwundet Reinhard und erschlägt gewaltsam dessen Diener. Nachdem ein Fuchtwort der Letzteren beinahe gelungen, schleppt Wolfram die Geirante in eine alte Mine, in deren Thurm die Franzosen Pulver aufbewahren und die Diebe ihren Haub dabei ergaben. Dort von Reinhard und dessen Fremden, die sich eben dem Vaterlande zur Befreiung von Trümmern bewaffnet zur Verfügung stellen wollten, angegriffen und gefangen, will Wolfram, als sein Gefindel flieht, die Mine mit Reginen und den eingedrungnen Helfern in die Luft sprengen als das verzweifelnde Mädchen in dem Augenblicke, wo Wolfram nach dem Thurne steigt, dessen Gewehr, das er an die Wand gelehrt, ergreift und ihn niederstößt. Sie ist gerettet und liegt beiseit in Reinhard's Armen, während im Hintergrunde der siegreiche General Wäcker unter den Klängen des York'schen Marsches vorüberzieht. Der Text ist größtenteils wohlklingend und zur Komposition geeignet, enthält sinnige Gedanken aber wenig, eigentlich nur im Finale des zweiten und im dritten Akt anregende Handlung. Lorking ist hier von seiner Schaffensbahn abgewandert und hat eine neue Richtung eingeschlagen. Dem sich zuweilen fühlbar machenden Mangel an dramatischer Wirkung vermochte er nicht abzuwehren, er geriet öfters in überschwängliche Breite und in eine an Detailmalerei zu reiche instrumentale Begleitweise. Letztere aus dem Bestreben, das Seelenleben der handelnden Personen genau zu schildern, wirkte daher stellenweise monoton. Lorking hatte sich mit dieser Oper auf ein ihm fremdes Feld begeben, der Ernst der großen Oper war eigentlich seine Sache nicht, doch gibt sich immerhin auch in dieser Musik ein frischer, melodischer Fluß und ein großes dramatisches Gefühl zu erkennen, und seine „Regina“ mit der ihr in der Dichtung verliehenen patriotischen Tendenz macht eine größere Wirkung auf der Bühne, als manches andere großartige, mit großen Präntionen auftretende Werk. Am gelungensten sind auch hier die lieblichen Nummern, und ganz besonders die komische Partie des „Steffen

Kirchen und kam zu der Ansicht, daß heute die Auf- fassung sich durchsetzen werde, daß die Kirche unserm Volke ein sittliches und geistiges Gut, eine sichere geistige Weltanschauung vermittelt und ihm die religiöse Grundlage für eine gesunde und kräftige Ethik verschaffe. Die Kirche hat sich blühend entwickelt und es sind daher die Klagen, die man da und dort hört, daß es der Kirche schlecht gehe und daß sie vom Staate geschädigt werde, nicht berechtigt. Zum Schluß beantragte der Berichterstatter die Positionen des vorliegenden Budgets nach den Beschlüssen der Zweiten Kammer anzunehmen.

Präsident Schmidt: Ich fühle mich veranlaßt, dem Herrn Vorredner für seine Ausführungen meinen Dank auszusprechen. Die Kirche hat sich in der Erfüllung ihrer Aufgabe bewährt, und man darf sagen, daß das kirchliche Leben für das Volkwohl fördernd und segensbringend wirkt. Die Kirche hat in ihrem Innern ihr selbständiges Leben und nach Außen hin hat sie im Zusammenwirken mit dem Staate Erntedank geleistet. Die Kirche muß dankbar sein für die reichen Mittel, die ihr Regierung und Kammer zuwenden zur Förderung ihrer Interessen und Thätigkeit. Was der Berichterstatter über den Wunsch für den Prälaten ausführt, ist das, was im Kreise der kirchlichen Behörden gedacht wird.

Graf Helmstatt: Die Wünsche, welche der katholischen Kirche gewährt werden, verdienen dankend anerkannt zu werden. Es sind aber noch nicht alle Wünsche der katholischen Kirche erfüllt. Das gibt mir nun nicht Anlaß zur Klage, es ist vielmehr für mich ein Vorposten auf dem verfassungsmäßigen Wege die Wünsche der katholischen Kirche, wie sie das Programm der katholischen Volkspartei enthält, auch weiter zu vertreten. Ich hoffe, daß durch die Regierung auch baldigst die Mittelgabe der Kirchen, die im Besitze der Altstiftungen sind, erfolgt. Im anderen Hause wurde auch die Frage der Dotation für das theologische Seminar erörtert. Auf die rechtliche Seite der Sache will ich nicht eingehen und nur bemerken, daß ich von den diesbezüglichen Erklärungen der Regierung im anderen Hause be- friedigt bin.

Geh. Rath Schneider: Im anderen Hause entpinn sich über die Eintragung des kirchlichen Eigen- thums in das Grundbuch eine lebhafteste Debatte. Es wurde Klage darüber geführt, daß die Kirche geschädigt worden sei. Die Frage ist wichtig genug, um zu ihr auch in diesem Hause Stellung zu nehmen. Neben der Sache des Grundbuchs sind in Frage kommenden gesetz- lichen Bestimmungen ein und betonte, daß nach Lage der Sache es befremdend war, daß der kirchliche Ober- richtungsrath ohne Benehmen mit den Behörden vor- gegangen ist. Die dadurch veranlaßte Intervention des Ministeriums des Innern war durchaus ge- rechtigt. Die Staatsbehörde ist dabei ganz loyal verfahren und der Kirche nirgends zu nahe getreten. Die Behauptung, daß das Eigentumsrecht der Kirche verletzt worden sei, ist durchaus unbegründet.

Staatsminister Koll: Dem Hause danke ich für die freundliche Aufnahme des vorliegenden Budgets. Die Ausführungen, die der Berichterstatter über das Ver- hältniß zwischen Staat und Kirche ausgesprochen hat, sind vollkommen zutreffend. Die Ansichten des Bericht- erstatters haben sich bei Staat und Verwaltung immer mehr ausgeprägt. Die historische Entwicklung unserer Kirchen zeigt uns, daß das Prinzip der Trennung von Staat und Kirche nicht durchgeführt werden kann. Ich kann mich nur freuen, daß der Beitrag für den Gehalt des Prälaten Ihre Billigung findet. Graf Helmstatt hat die Frage der Dotation des theologischen Seminars ge- greift. Ich kann mich auf das beziehen, was ich bereits im anderen Hause gesagt habe. Wenn die Kirchensteuer nicht ausreichen sollte, sind wir gerne bereit zu erwidern, ob nicht der Staat weitere Mittel zur Ver- zinsung stellen soll. Die Frage der Eintragung kirchlichen Eigentums in das Grundbuch ist von Herrn Geh. Rath Schneider richtig geschildert worden. Es wird übrigens geungen, diese Angelegenheit in freundlichem Einvernehmen zur Lösung zu bringen.

Nach einem Schlusswort des Berichterstatters Schenkel wurden sämtliche Positionen des Haushaltsbudgets ge- nehmigt.

Es berichte hierauf

Geh. Rath Dr. Engler Namens der Budgetkom- mission über das Spezialbudget der Verkehrsanstalten. Eingangs seiner Ausführungen zollte der Berichterstatter der Thätigkeit des Eisenbahnministers und der Generals- direktion warme Anerkennung. Der Kommission lagen verschiedene Petitionen vor. So eine Petition der Stations- vorsteher der Staatsbahnen um Gleichstellung mit einigen anderen Beamtenklassen. Die Petenten wünschten

von der Gehaltsklasse J. 4 nach H. 4 versetzt zu werden. Da eine einseitige Beförderung dieser Beamtenklasse nicht gerechtfertigt erscheint, empfiehlt die Kommission der Regierung, die Petition bei einer allgemeinen Revision des Gehaltsstabs in Erwägung ziehen zu wollen und beantragt in Uebereinstimmung mit dem Beschlusse der Zweiten Kammer, die Petition der Regierung zur Kennt- nisnahme zu überweisen. Weiter lag eine Petition von dem Verbands bairischer Eisenbahnbediensteter vor, die Regelung der Lohn- und Dienstverhältnisse des Tagelohn- personals der Staatsbahnen betreffend. Die Kom- mission ist überzeugt, daß die Regierung den Lohnver- hältnissen der Arbeiter inausgesetzt ihre volle Aufmerk- samkeit schenkt und sie beantragt auch diese Petition der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen. Die Kom- mission hat sich auch mit der Frage einer geordneten Feststellung der Tarife unter Mitwirkung der Kammer beschäftigt. Sie nimmt noch die gleiche Stellung ein wie früher. Damit, daß die Kammer das Recht haben, bei jedermaliger Verabreichung des Budgets das Vorgehen der Regierung und damit auch deren Maßregeln hinsichtlich des Tarifs einer eingehenden Prüfung zu unterziehen, erscheint dasjenige Maß von Mitwirkung und Kontrolle gegeben, welches sich mit der Leitung eines solchen Ver- triebes verträgt. Es war auch eine Petition des Eisen- bahnenreform-Vereins eingegangen. Den Wunsch, auch Kilometerpreise zu 500 Kilometer auszugeben, können wir billigen. Dagegen sind wir nicht für die Erhebung des Kilometerpreises, nicht dafür, daß die Kilometerpreise übertragbar sind, daß die Postarten aufgehoben werden und daß in weitere 2. Klasse-Wagen ein- gestellt werden. Der Berichterstatter stellte am Schluß seiner Ausführungen den Antrag, die Kammer wolle dem Budget der Verkehrsanstalten und zwar 1. der Eisen- bahnenverwaltung, 2. der Böhmer- und Böhmer- fahrtsverwaltung, 3. über den Aufseher des Klein- ertrags der Main-Neckar-Bahn nach Maßgabe der Be- schlüsse der Zweiten Kammer zustimmen, die Anträge der Kommission bezüglich der Petitionen annehmen und die Petition des Vorstandes des Sächsischen Eisenbahn- reform-Vereins für erledigt erklären.

Es wurde danach in die Spezialberatung eingetreten. Geh. Kommerzienrath Dissen's dante der Regierung für ihre Fürsorge auf dem Gebiete für Wohlfahrtszwecke. Besonders anerkennend war er, was gerade in dieser Beziehung in Münden geleistet worden ist.

Geh. Kommerzienrath Sander: Dem Lob, das dem Herrn und der Eisenbahnverwaltung gezollt worden ist, kann ich mich nur anschließen. Ich habe aber doch eine Beschwerde und die betrifft die Thatsache, daß wir keine Personenerhöhung haben. Sie ist nötig, um unsere Eisen- bahnen vor Unfällen zu schützen.

Minister von Brauer: Es hat mich gefreut, daß der Herr Vorredner den Wunsch gehabt hat, öffentlich eine Range für die Personenerhöhung zu machen. Die Ver- hältnisse liegen so, daß wir in erste Erwägung ziehen müssen, ob die Zeit nicht gekommen ist, die Personener- höhung einzuführen.

Geh. Kommerzienrath Dissen's anerkannte, was von Seiten der Generaldirektion geschehen ist, um den Wagen- mangel abzuhelfen.

Minister von Brauer: Ich gestatte mir, noch meinen Dank dafür auszusprechen, daß der Verwaltung wie dem Personal Anerkennung gezollt worden ist. Es müssen aber nicht nur die tüchtigen Leistungen unserer Ingenieure, sondern auch die der Betriebsbeamten anerkannt werden. Das gebe ich auch zu, daß, wenn wir tüchtige Kräfte uns erhalten wollen, wir auch die Einkommensverhältnisse der höheren Beamten besser gestalten müssen. Die Be- züge unserer Ingenieure und Betriebsbeamten müssen bei der Revision des Gehaltsstabs erhöht werden. Viele tüchtige Beamte verlassen heute den Staatsdienst, weil wir sie nicht entsprechend bezahlen können. Hier sollte die Verwaltung einen Dispositionsfonds haben, um die tüchtigen Kräfte aufzuheben zu können. Ich habe über- haupt die gelegentliche Ansicht, daß der Gehaltsstabs, durch den der Beamte, der fleißig ist, für drei arbeiten und dem Staate weit mehr, genau so lohnt, wie den tüchtigen, keine vollendete Einrichtung ist. Es wäre daher möglich, wenn durch einen solchen Dispositionsfond eine Beweglichkeit in die stärke Einrichtung des Gehaltsstabs käme.

Freiherr von Berchheim wünschte eine Neuregelung der Verhältnisse der Main-Neckarbahn. Das derzeit be- stehende Verhältnis sollte gelöst werden und Baden sein Theil zurücknehmen, damit dann ein gemeinschaftlicher Betrieb der Strecke Heidelberg-Frankfurt geschaffen würde. Dann bekämen wir in der Verträge die Vor- theile der Kilometerpreise und die 10tägige Müßfahrts-

zeitigkeit, sowie die endgültige Regelung der Weinheimer Bahnhofsverhältnisse.

Minister von Brauer erläuterte kurz die geplanten Umbauten am Weinheimer Bahnhof, worauf nach einem Schlusswort des Berichterstatters das Haus sämtliche Positionen nach den Anträgen der Kommission genehmigt. Darnach wurde die Sitzung geschlossen.

Nächste Sitzung: Freitag 9 Uhr. Budgetnachträge.

Carlruhe, 19. Mai.

81. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Vicepräsident Land eröffnet die Sitzung 9 1/2 Uhr. Am Regierungstisch: Minister Eisenlohr und ein Regierungskommissar.

Gedächtnis: Petitionen des Bürgervereins der Pfalzstadt Karlsruhe, Verlegung des Karlsruher Bahnhofs betreffend. Den Abgeordneten werden Karten für den Extrazug am Montag nach Mainz und zum Floren- fest angesetzt.

Das Haus tritt in die Tagesordnung, Verlesung des Budgets, ein.

Abg. Gieseler erstattet Bericht; die Budgetkommission beantragt Genehmigung aller Positionen. Die ordent- lichen Ausgaben betragen 708,600 M., die außerordent- lichen Ausgaben 100,000 M. Der Aufwand zeigt wiederum einen Mangel in Folge verschiedener neuer Einrichtungen; derselbe ist auf 831,000 M. zusammen- geschumpt. Im Anfang betrug er 1,600,000 Gulden und war zur Unterhaltung der Bahnen in Baden und Böhmerlande bestimmt. Die Ueberflüsse sollten in der Hauptkassa in den Kurorten der Stadt Baden fließen. Aus dem Fond wurde jedoch das Kaiserin Auguste-Vad errichtet, in Folge dessen erwidert die Ueberflüsse nicht mehr die angenommene Höhe von 77,000 M., der Fehlbetrag wurde aus dem Stamm- kapital ergänzt und dadurch letzteres mehr und mehr eingezehrt. Darum soll fürberhin ein außerordentlicher Zuschuß von 60,000 M. geleistet werden, der aber nicht überschritten werden darf, auch wenn diese Summe einmal nicht ausreicht, in diesem Falle müßte die Stadt Baden einbringen, was diese aber nicht anerkennen will; die Stadt glaubt einen Rechtsanspruch darauf zu haben, daß der Ueberfluß von 77,000 M. jeits vom Staat selber auf dieser Höhe zu erhalten sei. Die Regierung stimmt nicht zu, sie gibt jedoch ihren Zuschuß überhaupt nicht an den Kurort, sondern an die Stadt. Die Kommission schlägt jedoch vor, die zweifelhafte Rechtsfrage, ob der Staat vertragsmäßig verpflichtet sei, den mehrerwähnten Zuschuß in Höhe von jährlich 77,150 M. an den Kur- ort in Baden zu leisten, aus dem Kreis ihrer Beschäfti- gung auszuschließen, und sie konnte diese umso mehr, als die Größte Regierung in der oben angeführten letzten schriftlichen Erklärung ihr Einverständnis damit, daß die Begrenzung des außerordentlichen Zuschusses, wie sie am Schluß der zu § 7 gegebenen Erörterungen vorgelesen ist, ausgebehalten werde, so daß der Betrag von 60,000 M. nur als ein Anschlag zu betrachten ist, der überschritten werden darf, soweit die Ueberflüsse des Wabfunds und des Kurortfonds unzulänglich sind, um den Fehlbetrag zur Erreichung des bisherigen Zuschusses von jährlich 77,150 M. zu decken, ausgesprochen und außerdem beim Zusammentritt mit der Kommission mündlich erklärt hat, daß sie ohne Anerkennung einer rechtlichen Verpflichtung — geneigt sei, so lange das Bedürfniß vorhanden ist und die Verhältnisse, wie sie zur Zeit liegen, fortbauern, den Zuschuß, wie er nunmehr geregelt werden soll, weiterhin zu leisten.

Abg. Günner dankt der Regierung und der Kom- mission für ihr Entgegenkommen sowie auch dem Be- richterstatter. Die zwischen der Regierung und der Budgetkommission zu Stande gekommene Vereinbarung, wonach die 77,150 M. unbedingte weiter gewährt werden, befriedigt ihn, wenn er auch vorgezogen hätte, daß diese Summe ins ordentliche Budget eingestellt worden wäre. Schon im Jahre 1872 habe die Stadt Baden eine Sicherung des Hofpensionszuschusses ver- langt, die Regierung lehnte jedoch diese Sicherung ab mit der Begründung, es seien überhaupt keine Veroga- nisse vorhanden, daß dieser Ueberfluß zurückgehe, und auf diesen Standpunkt stellte sich damals auch die Kam- mer. Die Regierung wußt freilich ein, jene Abmachung sei durchbrochen worden, indem während 3 Landtags- perioden ein Betrag von je 12,000 M. gemacht wurde, der für's Konversationshaus verwendet wurde. Das waren jedoch extra als solche gekennzeichnete Ausnahmen, welche die Regel betrafen. Die Neubauten auf Kosten des Wabfunds hat die Stadt Baden natürlich nicht zurück- gewiesen; das wäre auch nicht möglich gewesen. Anderer-

seits hat aber die Stadt Baden wiederholt ihre Ver- denken ausgesprochen wegen der Einziehung des Wab- fonds. Im Jahre 1887 beim Bau des neuen Bades habe er das selber getan; die Regierung antwortete jedoch dahin, der Zuschuß könne trotzdem in Höhe von 77,150 M. gewährt werden. Im Jahre 1888 habe der Minister das selber in der Kammer wieder ausdru- ckt erklärt. Die Stadt Baden muß außer den 120,000 M. in die Kurfondskasse alljährlich noch umfassen- de Leistungen machen; sie hat alljährlich mit einem Ausgabe- überschuß zu rechnen. Im Stadt-Voranschlag sind hener 210,000 M. für Kurzwecke eingestellt, also 90,000 M. über die 120,000 M. hinaus. Darunter befindet sich allerdings auch ein Beitrag für die Pfalzstädter Verbes- serungen. Diese Reuen sind sehr wichtig für die Stadt; letztere leistet 50,000 M., die Privatinteressen leisten bisher 10,000 M., und werden künftig 20,000 M. auf- bringen, die Stadt 60,000 M. statt 50,000 M. Viele Reuen sind auch wichtig für die Pfalzstadt und für Militärzwecke, wegen Erhaltung der Volksschule. Der Internationale Klub trägt ein großes Risiko, und dessen Präsident leistet hochschätzbare Dienste. Diese Reuen müßen auch dem Staat; die Eisenbahn zieht ihre Vor- theile, dann hat die Zusammenkunft von Vertretern aller Nationen auch einen idealen Werth. Die Beizanzahl betrug vergangenes Jahr 19,000, davon bemühten 16,500 die Eisenbahn. Die Pferde bleiben 14 Tage in Pfalz- heim, wodurch auch dieser Gemeinde viele Einnahmen erwachsen. Auf die Erörterung des Rechtsstandpunktes verzichtet auch er; an ein absolutes Ansehen nicht glaube auch er nicht unbedingt, doch herrsche seit 1872 in der Stadt Baden stets der feste Glaube an dieses Recht. Neben bittet das hohe Haus, den Ausweg der Budgetkommission zu genehmigen.

Minister Eisenlohr: Es sei gleichgültig, ob der Zu- schuß an die Stadt oder an den Kurort bezahlt wird. Eine Rechtsfrage besteht für den Staat nicht; er hat sich noch niemals verpflichtet, aus der Staats- kasse den Zuschuß zu ergänzen. Dagegen ist die Re- gierung der Stadt Baden jederzeit in der weitestgehenden Weise entgegengekommen; Neben führt Erörterungen darüber an. Die Stadt Baden dagegen lehnt für die Kurzwecke verhältnismäßig wenig. Er hoffe, daß die Einnahmen sich zu vermindern, daß in Zukunft eine Ergänzung des Zuschusses nicht mehr nötig sein wird.

Abg. Schmidt-Baden will sich nach Lage der Sache ebenfalls kurz fassen. Auch er wünsche, daß sich die Einnahmen derart steigern, daß bald keine Zuschuß- ergänzungen mehr notwendig werden; allein so bald dürfte dieser Zeitpunkt nicht kommen; er glaube, er konnte aber nicht einmal, daß genüge ihm die Ver- sicherung, daß der Zuschuß so lange gewährt werden soll, als ein Bedürfniß besteht. Die Stadt Baden leistet viel für die Kurzwecke, wenn auch nicht Alles unter dieser Herrschaft bezeichnet ist, es gehört aber zweifellos die große Konfuzenz nach Münden zu führen gegen die wohl ausbreitenden preussischen und böhmerischen Wäber. Darum glaubt man in manchen Kreisen Badens, es ge- schehe immer noch nicht genug, die öfter kommenden Fremden müßen alljährlich dieselben Veranstaltungen über sich ergehen lassen. Doch erkenne man in Baden gerne dankbar an, was seitens der Regierung, der Kammer und noch höherer Personen für Baden ge- schehe. Die Stadt hat diese Hilfe aber auch nötig; die Lotterie trägt das nicht ein, was von ihr erwartet wurde. Die Aufnahme eines billigen Anlehens aus der Amortisationskasse zur Erwerbung des Palais Hamilton geschah doch auch im allgemeinen In- teresse, die Stadt Baden hat bis jetzt keine Erträge davon, im Gegenteil, das Anwesen bedeutet eine fort- gesetzte Last im allgemeinen Kurortinteresse. Der Staat sorgt für alle Städte, für Landwirtschaft und Industrie; in Baden hängt Alles, jeder einzelne Geschäftsmann, von dem Fremdenverkehr ab; darum hat auch der Staat gewissermaßen eine Pflicht, diesen Verkehrswege zu unter- stützen. Neben bittet daher, das bisher der Stadt Baden bewiesene Wohlwollen ihr auch fernerhin zu erweisen.

Abg. Günner schildert nochmals ausführlich die großen Kosten, welche die Stadt Baden den Kurort- interessen bringt und schon gebracht hat. Das sollte auch die Regierung anerkennen.

Abg. Gieseler spricht diese Anerkennung seitens der Kommission und Kammer aus.

Es werden hierauf sämtliche Positionen genehmigt. Schluß der Sitzung 10 1/2 Uhr. Die Abfahrt nach Mainz erfolgt am Montag Nachmittags halb 4 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag früh halb 11 Uhr. Petitionen.

Kleines Feuilleton.

— Lebt André? Drei Jahre sind nun fast ver- flossen, seitdem Sophus André's und seine tüchtigen Ge- fährten von Spitzbergen aus in ihrem Ballon nordwärts den eigenen Regionen entgegengezogen, und seit der Zeit haben wir über ihn nichts gehört als unbestimmte und trübe Gerüchte. Die meisten seiner Freunde, darunter auch Naußen und Mohr haben die Hoffnung aufge- geben, aber sein Bruder Ernst André's ist überzeugt, daß er seinen Bruder eines Tages wiedersehen wird. Er schreibt an das „New-York Journal“: „Es ist jeder Grund vorhanden, anzunehmen, daß mein Bruder lebt, und ich und seine Familie hoffen und erwarten noch vor dem Ende dieses Sommers zu hören, daß er in Nord- amerika eingetroffen ist. Was über einen dem Ballon zugehörigen Unfall erzählt wird, ist Unfug, die Fahrt war, soweit der Ballon in Betracht kommt, so sicher wie in einem Eisenbahnwagen, und die einzige Gefahr lag mir in dem Wege zu Fuß über das Eis. Wenn der Ballon in Zickzackrichtungen gekommen wäre und die drei gezwungen hätte, zu landen, so würden zwei oder drei Jahre notwendig sein, bis sie einen Punkt erreichten, von dem aus sie mit der zivilisirten Welt in Verkehr treten könnten, da sie Lebensmittel für neun Monate hatten, konnten sie, wo auch immer sie landeten, ohne Nahrungsmittel den 80. Breitengrad erreichen. Am 80. Breitengrade aber ist Ueberflus von Wild vor- handen, und die Gesellschaft hatte Waffen und Munition genug, um dies zu tödten. Wir haben den positiven Beweis, daß der Ballon innerhalb 30 Stunden nach seiner Abfahrt in Zickzackrichtungen geriet, und das wird sie, entsprechend den früheren Plänen, gezwungen haben, zu landen.“ Der Bruder André's nimmt an, daß sie in der Nähe des Boles landeten und dort überwinterten, dann blühten sie nach Süden und wieder überwinterten und 1899 ein Winterlager südlich der Banks-Meerenge bezogen. Nach dieser Theorie müßte André sich jetzt dem Prinz Albert-Land in Britisch-Nordamerika nähern. Wenn er sich bis zum Ende des Sommers unbefen nicht zeigt, will auch sein Bruder die Hoffnung aufgeben.

— Karl Goldmark, der berühmte Komponist der „Königin von Saba“, feierte am 18. Mai seinen 70. Ge- burtstag. Interessant ist es, daß Goldmark selbst lange Jahre glaubte, er sei im Jahre 1832 geboren. Durch ein in Wien vor dem Jahre 1848 ausgefertigtes Certificat von dieser Zeitumstand. Erst nach dem Ableben seines Vaters wurde festgestellt, daß Goldmark im Jahre 1830 in Reszitzky (Ungarn) geboren wurde. Man fand nämlich eine von der Hand seines Vaters her- vorgehende bezügliche schriftliche Aufzeichnung. Der Ton- dichter wird in Abbazia, wohin er sich begibt, an der Fortsetzung seiner neuen Oper „Gib von Verdingen“ arbeiten und dieselbe aller Wahrscheinlichkeit nach auch zu Ende führen. Goldmark, ein vollständiger Autodidakt, gelangte nur durch eigene Praxis zur Meisterschaft, was freilich nicht ohne Nachhilfe für seine Produktion war, der eine gewisse Einseitigkeit hatten blieb. Trotzdem ist der Meister, der sieben Jahre als Geiger an ver- schiedenen Theatern Cesterich's thätig war, geschickt und originell und am bedeutendsten als musikalischer Kolorist. Der Glanz und Reichthum seiner Farben gemacht an Mozart und so gelang ihm auch die vor 25 Jahren geschriebene „Königin von Saba“ mit ihrem orientalischen Sujet als Haupttreffer, wie ihn über- haupt die Gabe, die Stimmung des Exotischen zu er- zeugen, in hohem Grade zu eigen ist. Deßhalb liegt sein Schwerpunkt auch in der Instrumentation, während die Harmonik oft blass und geschwächt erscheint. Seine „Penthesten“ haben wir in einem der Abonnement- konzerte des letzten Winters hier in Karlsruhe gehört. Seine neueren Werke sind „Götter aus Herd“ und „Die Kriegsgefangene“, letztere der Homerischen Helens- sage entnommen. Die Aduerturen zu „Salmatala“, „Promethens“ und „Sappho“ sind bekanntere Konzert- stücke geworden und auch auf dem Gebiete der Kammer- musik hat der Meister interessante und anmuthige Gebilde geschaffen, dessenphantasie unerschöpflich an eigen- artigen Klängeffekten erscheint.

— Die schwedische Akademie, welche seiner Zeit von der Regierung den Auftrag erhielt, einen Vorschlag zu be- sonderen Statuten für die Akademie in ihrer Eigen- schaft als Verleiherin des Nobel-Preises für Literatur

Walder“, der, das sei gleich hierbei bemerkt, in Herrn Vuffard wieder einen excellenten Vertreter hatte.

Das Werk war sehr sorgfältig einstudiert und wurde von Herrn Hofkapellmeister Lorenz's tadellos, mit sicherer Hand geleitet, die Scenerien, die Aufzüge und Entwürfe waren wie aus einem Gusse und dabei der Beifall und Hervorruf, der die Herren Hofkapellmeister Lorenz und Oberregisseur Schön mit vor den Vorhang rief, gerechtfertigt. Fräulein Fashbender gab die anstrengende Partie der „Regina“ frisch und mit dramatischen Accenten und sang sehr schön, trotzdem sie sich noch nicht ganz von ihrer Krankheit erholt und noch in Recon- valeszenz befindet, man muß alle Achtung vor den Leistungen der noch so jungen Künstlerin haben. Vorzüge- lich sang und spielte Herr Keller den „Verwalter Zadea“, er fand die ungetheilte Anerkennung des Publikums; auch Herr Polorny wußte den Hofmeister „Wolfram“ treffend zu charakterisieren und sang ihn auch mit drama- tischen Ausdruck. Herr Rosenbergr war, wie immer so auch hier, als „Reinhard“ der zielbewußte Künstler. Herr Wilhelm Behr unsere Hochachtung, er wußte dem Landtheater „Nurrecht“ ein so natürliches Kolorit zu geben, ihn so überzeugend zu zeichnen, daß er jedem Beobachtenden auffallen mußte. Die „Lise“ des Fräuleins Frieda Meyer und die „Witwe Walder“ der Frau Bauer schlossen sich passend an. Chor und Orchester verdienen lobende Erwähnung, und ersterer zeichnete sich durch Theilnahme, Leben und die Bewegung in der Handlung aus. Die Solisten wurden wiederholt lobhaft ge- nung. Das Werk dürfte sich dem Repertoire erhalten.

Am Freitag, den 25. d. M., wird als Neuheit das Antatte Volksstück „Die Herren Söhne“ von Walter und Stein, das bereits an einer Reihe von Bühnen mit schönem Erfolg in Scene ging, gegeben werden. Die Hauptrollen liegen in den Händen der Damen Stadel, Schmidt, Müller, Eisenhut und der Herren Meiß, Wassermann, Gerlach, Heinel, Kempf. Am Donnerstag, den 24. d. M., wird „Gib von Verdingen“, am Samstag, den 26. d. M., als Vorstellung außer Abonnement zu ermäßigten Preisen „Wallenstein's Tod“ in Scene gehen.

— Karl Goldmark, der berühmte Komponist der „Königin von Saba“, feierte am 18. Mai seinen 70. Ge- burtstag. Interessant ist es, daß Goldmark selbst lange Jahre glaubte, er sei im Jahre 1832 geboren. Durch ein in Wien vor dem Jahre 1848 ausgefertigtes Certificat von dieser Zeitumstand. Erst nach dem Ableben seines Vaters wurde festgestellt, daß Goldmark im Jahre 1830 in Reszitzky (Ungarn) geboren wurde. Man fand nämlich eine von der Hand seines Vaters her- vorgehende bezügliche schriftliche Aufzeichnung. Der Ton- dichter wird in Abbazia, wohin er sich begibt, an der Fortsetzung seiner neuen Oper „Gib von Verdingen“ arbeiten und dieselbe aller Wahrscheinlichkeit nach auch zu Ende führen. Goldmark, ein vollständiger Autodidakt, gelangte nur durch eigene Praxis zur Meisterschaft, was freilich nicht ohne Nachhilfe für seine Produktion war, der eine gewisse Einseitigkeit hatten blieb. Trotzdem ist der Meister, der sieben Jahre als Geiger an ver- schiedenen Theatern Cesterich's thätig war, geschickt und originell und am bedeutendsten als musikalischer Kolorist. Der Glanz und Reichthum seiner Farben gemacht an Mozart und so gelang ihm auch die vor 25 Jahren geschriebene „Königin von Saba“ mit ihrem orientalischen Sujet als Haupttreffer, wie ihn über- haupt die Gabe, die Stimmung des Exotischen zu er- zeugen, in hohem Grade zu eigen ist. Deßhalb liegt sein Schwerpunkt auch in der Instrumentation, während die Harmonik oft blass und geschwächt erscheint. Seine „Penthesten“ haben wir in einem der Abonnement- konzerte des letzten Winters hier in Karlsruhe gehört. Seine neueren Werke sind „Götter aus Herd“ und „Die Kriegsgefangene“, letztere der Homerischen Helens- sage entnommen. Die Aduerturen zu „Salmatala“, „Promethens“ und „Sappho“ sind bekanntere Konzert- stücke geworden und auch auf dem Gebiete der Kammer- musik hat der Meister interessante und anmuthige Gebilde geschaffen, dessenphantasie unerschöpflich an eigen- artigen Klängeffekten erscheint.

— Die schwedische Akademie, welche seiner Zeit von der Regierung den Auftrag erhielt, einen Vorschlag zu be- sonderen Statuten für die Akademie in ihrer Eigen- schaft als Verleiherin des Nobel-Preises für Literatur

Zusammenkunft zu besonderem Zweck statt, wozu die Mitglieder ein vollstündiges Erscheinen gebeten werden.

Baden.

Karlsruhe, 19. Mai. Der Vorstand der Seiner Majestätlichen Hofkapelle des Großherzogs hat ein Schreiben...

Kleine badische Chronik.

Karlsruhe, 19. Mai. Nachgekaupte Kandidaten haben die in diesem Jahre abgehaltene Vermerkungsprüfung für den...

Neueste Nachrichten.

Wien, 19. Mai. Die „Neue Freie Presse“ meldet: In der gestrigen Sitzung des Exekutiv-Komitees der...

Handel und Verkehr.

Karlsruhe, 19. Mai. (Fleischpreise auf der Fleischbant des Wochenmarktes.) Anwesend waren 16 Fleischverläufer...

Karlsruhe, 19. Mai. Der Vorstand der Seiner Majestätlichen Hofkapelle des Großherzogs hat ein Schreiben...

Baden.

Karlsruhe, 19. Mai. Der Vorstand der Seiner Majestätlichen Hofkapelle des Großherzogs hat ein Schreiben...

Kleine badische Chronik.

Karlsruhe, 19. Mai. Nachgekaupte Kandidaten haben die in diesem Jahre abgehaltene Vermerkungsprüfung für den...

Neueste Nachrichten.

Wien, 19. Mai. Die „Neue Freie Presse“ meldet: In der gestrigen Sitzung des Exekutiv-Komitees der...

Handel und Verkehr.

Karlsruhe, 19. Mai. (Fleischpreise auf der Fleischbant des Wochenmarktes.) Anwesend waren 16 Fleischverläufer...

Karlsruhe, 19. Mai. Der Vorstand der Seiner Majestätlichen Hofkapelle des Großherzogs hat ein Schreiben...

Baden.

Karlsruhe, 19. Mai. Der Vorstand der Seiner Majestätlichen Hofkapelle des Großherzogs hat ein Schreiben...

Kleine badische Chronik.

Karlsruhe, 19. Mai. Nachgekaupte Kandidaten haben die in diesem Jahre abgehaltene Vermerkungsprüfung für den...

Neueste Nachrichten.

Wien, 19. Mai. Die „Neue Freie Presse“ meldet: In der gestrigen Sitzung des Exekutiv-Komitees der...

Handel und Verkehr.

Karlsruhe, 19. Mai. (Fleischpreise auf der Fleischbant des Wochenmarktes.) Anwesend waren 16 Fleischverläufer...

Karlsruhe, 19. Mai. Der Vorstand der Seiner Majestätlichen Hofkapelle des Großherzogs hat ein Schreiben...

Baden.

Karlsruhe, 19. Mai. Der Vorstand der Seiner Majestätlichen Hofkapelle des Großherzogs hat ein Schreiben...

Kleine badische Chronik.

Karlsruhe, 19. Mai. Nachgekaupte Kandidaten haben die in diesem Jahre abgehaltene Vermerkungsprüfung für den...

Neueste Nachrichten.

Wien, 19. Mai. Die „Neue Freie Presse“ meldet: In der gestrigen Sitzung des Exekutiv-Komitees der...

Handel und Verkehr.

Karlsruhe, 19. Mai. (Fleischpreise auf der Fleischbant des Wochenmarktes.) Anwesend waren 16 Fleischverläufer...

Karlsruhe, 19. Mai. Der Vorstand der Seiner Majestätlichen Hofkapelle des Großherzogs hat ein Schreiben...

Baden.

Karlsruhe, 19. Mai. Der Vorstand der Seiner Majestätlichen Hofkapelle des Großherzogs hat ein Schreiben...

Kleine badische Chronik.

Karlsruhe, 19. Mai. Nachgekaupte Kandidaten haben die in diesem Jahre abgehaltene Vermerkungsprüfung für den...

Neueste Nachrichten.

Wien, 19. Mai. Die „Neue Freie Presse“ meldet: In der gestrigen Sitzung des Exekutiv-Komitees der...

Handel und Verkehr.

Karlsruhe, 19. Mai. (Fleischpreise auf der Fleischbant des Wochenmarktes.) Anwesend waren 16 Fleischverläufer...

Badische Arbeiterkolonien in Großherzogtum Baden. Der Vorstand der Seiner Majestätlichen Hofkapelle des Großherzogs hat ein Schreiben...

BU-reau-Joppen von 200 Pfg. empfiehlt **A. Breitbarth**, Kaiser- u. Lammstr.-Eck.

